

Ersetzungsantrag der Sozialistischen Linken NRW zum Antrag der AKL: Thyssen-Krupp und Stahlindustrie vergesellschaften - jetzt

Öffentlicher Industriefond für die Stahlindustrie

Arbeitsplätze sichern, Klima schützen, Mitbestimmung ausweiten!

In NRW von besonderer Bedeutung für eine gelingende sozialökologische Transformation ist die hiesige Stahlindustrie. Damit die Arbeitsplätze (45.000 in der Stahlindustrie und mehrere Hunderttausend bei Zuliefererunternehmen) und die Produktion von sauberem Stahl gesichert werden können, braucht es Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe. Diese Summe kann keines der Unternehmen selbstständig stemmen (auch aufgrund der Misswirtschaft des Managements). Um zu verhindern, dass die öffentliche Hand die Risiken trägt und die Gewinne am Ende in den Taschen der Aktionäre landen, wie dies in der Vergangenheit so oft der Fall war, muss das Land NRW sich in Form einer öffentlichen und Gemeinwohlorientierten Industriestiftung an den Unternehmen dieser Schlüsselindustrie beteiligen. Der wieder auf der Tagesordnung stehende Einstieg durch Fremdkapital, aktuell durch den tschechischen international tätigen Stahlhersteller Kretenzky ist unbedingt zu verhindern. Die Folgen für die Belegschaft und die Steuerbarkeit im Sinne einer sozialökologischen Wenden wären verheerend.

DIE LINKE NRW verbindet ihre Forderung nach einem Industriefonds mit der Forderung nach Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Neue Modelle von Mitbestimmung sollen über den Kreis der Belegschaft hinaus (Verbraucher:innen- und Umweltverbände) und über die bisherigen Beteiligungsrechte hinaus erprobt werden. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen als wirtschaftspolitische Akteure und Moderatoren vor Ort muss gestärkt werden. Branchenkonferenzen, Runde Tische aller wirtschaftlichen Akteure können wichtige Voraussetzungen für die Bewältigung von Beschäftigungsproblemen und Strukturkrisen sein.

Begründung:

Der Antrag fällt sowohl hinter die Positionen unserer Bundespartei zurück, die im Papier "Den Umbau gerecht gestalten" (Dieses Papier wurde auch von unseren Landesvorsitzenden unterschrieben), als auch hinter das Wahlprogramm der Linken NRW 2021 zurück.

Bislang haben wir an die Diskussionen unserer wichtigsten Bündnispartner, den Gewerkschaften, angeknüpft und uns mit unserer demokratisch-sozialistischen Perspektive, die auch immer auf die Demokratisierung des Wirtschaftslebens abzielt, an der Diskussion, um die Ausgestaltung der Industriepolitik beteiligt. Ergebnis dieser Strategie war die Forderung einer Vergesellschaftung durch eine öffentliche Industriestiftung, da so auch die Frage nach den Kosten der Transformation beantwortet wird. Diese Frage wird im Antrag der AKL vernachlässigt. Aus diesen Gründen schlägt die SL vor den Antrag der AKL abzulehnen und stattdessen dem obigen Antrag zuzustimmen, der sich im Wesentlichen auf die Idee einer öffentlichen Industriestiftung stützt.